



BAVC-PRÄSIDENT BECKMANN IM AMT BESTÄTIGT STABILITÄT IN KRISENZEITEN

In einer Zeit großer Veränderungen und multipler Krisen setzen die Chemie-Arbeitgeberverbände auf Kontinuität: Im Rahmen der Mitgliederversammlung Mitte Juni in Bochum wurde BAVC-Präsident Kai Beckmann erneut an die Spitze des Verbandes gewählt. Er führt den Verband seit 2017. "In einer Zeit der Krisen ist Stabilität ein ganz besonderer Wert – ich danke den Mitgliedern für das Vertrauen und freue mich auf die Fortsetzung der Präsidentschaft", sagte Beckmann nach seiner Wiederwahl.

Starke Wirtschaft nur mit starker Industrie

Der alte und neue BAVC-Präsident kündigte zugleich an, sich weiter mit Nachdruck für die Interessen der Branche einzusetzen. Dabei sparte er nicht mit Kritik an aktuellen politischen Vorhaben wie der EU-Lieferkettenrichtlinie oder den Plänen zur Arbeitszeiterfassung: "Die Ampel verspricht Fortschritt, liefert aber höhere Kosten und mehr Bürokratie für die Unternehmen", brachte es Beckmann auf den Punkt. "Das muss sich dringend ändern, wenn wir Arbeitsplätze und Wohlstand in der Krise verteidigen wollen."

Der Schlüssel für eine starke Wirtschaft sei eine starke Industrie: "Deshalb brauchen wir in Deutschland eine Energiepolitik, die den Unternehmen erlaubt, ihre Produktion zu wettbewerbsfähigen Bedingungen am Standort zu halten. Der Industriestrompreis muss kommen – schnell, unbürokratisch und vor allem in der Praxis umsetzbar."

Mehr Freiheit und weniger Bürokratie für die Unternehmen

Beckmann plädiert zugleich für einen Blick über den bundesdeutschen Tellerrand hinaus: Europa falle im weltweiten Wettbewerb immer weiter zurück. "Während die Vereinigten Staaten zeigen, wie Transformation mit Geschwindigkeit und Geld aktiv angepackt wird, bleibt Europa hinter seinen Möglichkeiten zurück." Die EU sei in wichtigen Fragen wie Künstlicher Intelligenz und Innovation zu langsam und zu ängstlich – dafür in anderen Fragen wie Klimaschutz zu ungestüm und eindimensional unterwegs. Beckmann: "Die politische Agenda kreist um sich selbst und geht oft an den zentralen Herausforderungen des Industriestandorts Deutschland vorbei. Die Wirtschaft braucht mehr Freiheit und weniger Bürokratie!"

"DIE AMPEL VERSPRICHT FORTSCHRITT, LIEFERT ABER HÖHERE KOSTEN UND MEHR BÜROKRATIE."

> Kai Beckmann BAVC-Präsident

MEUE PLÄNE FÜR BESCHÄF-TIGTENDATENSCHUTZ Seite 6



© LIEFERKETTENRICHTLINIE
IM ENDSPURT Seite 8





Die Chemie- und Pharmaindustrie ist mitten im Umbruch – doch der Weg der Transformation ist keineswegs vorgezeichnet. Passend zum Motto des ChemieArbeitgeberTages 2023 (CAT23) haben wir die Ergebnisse unserer mit Unterstützung von Boston Consulting entwickelten Transformationsstudie mit zentralen Stakeholdern diskutiert und Handlungsoptionen aufgezeigt.

Dabei machte Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt in seiner Videobotschaft klar, welch herausragende Rolle die Chemie-Industrie in der Transformation hat. Sie sei zentral "für den Umbau des Energiesystems und die anstehende Dekarbonisierung der Industrie und anderer Sektoren". Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, ergänzte: "Nur wenn wir gemeinsam zeigen, wie es gehen kann, werden auch andere uns folgen."

Sozialpartnerschaft als Treiber

Im Dialog zwischen BAVC-Präsident Kai Beckmann und dem IGBCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis waren sich Arbeitgeber und Gewerkschaft einig, dass die wichtigste Strategie eine gute Kommunikation zwischen den Sozialpartnern ist. Beckmann betonte: "Wir stehen vor großen Herausforderungen und vieles wird sich verändern, aber wenn wir den Umbruch gemeinsam mit Politik und Sozialpartnern anpacken, kann das eine Erfolgsgeschichte werden." Auch Michael Vassiliadis mahnte: "Wir haben eine Tradition, die wir intensivieren müssen: miteinander zu sprechen. Dem müssen wir noch mehr Raum geben, sonst können wir die Komplexität nicht managen."

Auf einem erweiterten Panel bestätigte dies auch Sarah Saeidy-Nory, Hauptgeschäftsführerin ChemieNord. Der Umbruch gelinge nur gemeinsam: "Wir haben keine Chance, es nicht gut zu machen." Zudem biete die Chemie-Branche mit ihrer Vielfalt einen guten Nährboden für das Gelingen der Transformation, unterstrich Sinischa Horvat, Konzernbetriebsratsvorsitzender der BASF.

Lernen, mit der Veränderung zu wachsen

Zum Abschluss präsentierte Wirtschaftspsychologe Carl Naughton die Antwort auf die Frage, warum Anpassungsintelligenz ("AQ") wichtiger ist als IQ: "In einer sich exponentiell verändernden Welt ist die Fähigkeit, mit der Veränderung umzugehen die stärkste Voraussetzung für Erfolg." Der CAT23 konnte Stimmen aus der Politik, der Branche und der Wissenschaft für einen spannenden Austausch zur Transformation zusammenbringen. Inspirierende Denkanstöße und intensive Diskussionen lieferten eine gelungene Mischung aus Impulsen für den Wandel. Vielen Dank an alle, die in Bochum dabei waren!

Autorin: Tabea Grölinger-Hoff

© KONTAKT



TABEA GRÖLINGER-HOFF
Kommunikation
tabea.groelinger-hoff@bavc.de



Empfang zum #CAT23 im Bergbaumuseum Bochum.



Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung der Chemie für die Transformation der gesamten Wirtschaft.



NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst betonte die



Im Dialog: BAVC-Präsident Kai Beckmann mit dem IGBCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis.



"Chemie im Umbruch - Sozialpartner im Umbruch?" - Paneldiskussion mit Kai Beckmann, Michael Vassiliadis, Sarah Saeidy-Nory (Hauptgeschäftsführerin ChemieNord) und Sinischa Horvat (Konzernbetriebsratsvorsitzender BASF).



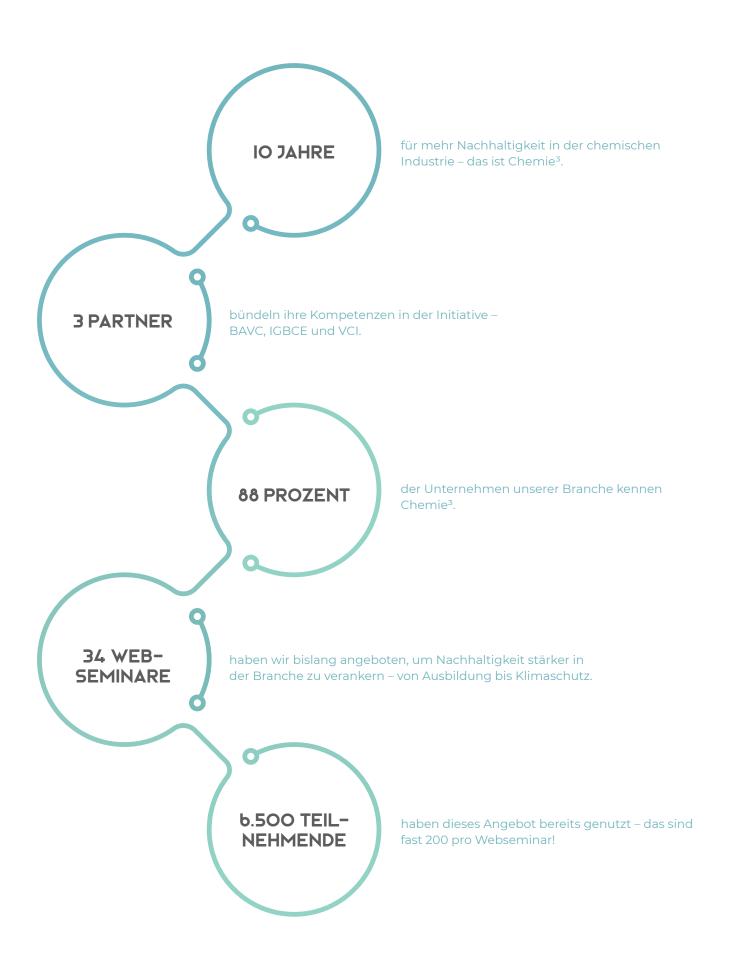
Warum Anpassungsintelligenz wichtiger ist als IQ erklärte Wirtschaftspsychologe Carl Naughton in seiner Keynote.



Kai Beckmann und Sarah Saeidy-Nory mit BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter.

5 FAKTEN

ZU CHEMIE³





Kinder stehen mit zehn Jahren kurz vor dem Übergang in die weiterführende Schule. Der Grundstein für eine gute Entwicklung ist dann gelegt und es entstehen neue Möglichkeiten, Themen und Beziehungen für den weiteren Lebensweg. Ähnlich sieht es bei der Nachhaltigkeitsallianz Chemie³ aus, zu der BAVC, IGBCE und VCI sich vor einem Jahrzehnt zusammengetan haben.

Nachhaltigkeit - vom Nischenthema zum Megatrend

Der Deutsche Bundestag hat seine Legislaturperiode ab 2013 zusammengefasst mit "Schwarze Null und Flüchtlingskrise". Nachhaltigkeit? Fehlanzeige. Andreas Ogrinz, seit vielen Jahren aktiv bei Chemie³, resümiert: "Als wir Chemie³ vor zehn Jahren ins Leben gerufen haben, war 'Nachhaltigkeit' für viele noch ein exotisches Thema. Heute zeigt sich, dass wir einen guten Riecher hatten." Neben einer guten Nase brauchte die Gründung der damals neuen und bis heute einmaligen Initiative aber auch Mut. Mut, sich mit anderen Organisationen zusammenzutun, Mut, ein vermeintliches Nischenthema in den Fokus zu setzen und natürlich auch Mut, zu scheitern – denn niemand weiß vorher, wohin ein solcher Zusammenschluss führt. Die gute Sozialpartnerschaft in der Chemie hat auch hier gemeinsame Wege geebnet und ist bis heute unverzichtbare Basis der Allianz.

Große Nachfrage nach dem Branchenstandard

Mit der Initiative wurden auch die branchenspezifischen "Leitlinien für Nachhaltigkeit" aus der Taufe gehoben, die eng mit den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) verknüpft sind und allen Beschäftigten der Branche eine Orientierung für nachhaltiges Handeln im Betriebsalltag bieten. Einige Jahre später haben wir Indikatoren zur Messung von Nachhaltigkeit etabliert. Unser Ziel: kontinuierlich besser zu werden entlang der drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales. Neben der Webseminarreihe und zahlreichen anderen Unterstützungsangeboten wie Leitfäden oder Veranstaltungen wurde vor drei Jahren auch die SDG-Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, um zu diskutieren, welche Erwartungen an unsere Branche bestehen und wie wir als Industrie auf die SDGs einzahlen können.

Pünktlich zum Jubiläum wurde auch unser bislang größtes Projekt bis auf Weiteres abgeschlossen: der Chemie³-Branchenstandard für nachhaltige Wertschöpfung. Wir sind damit die erste Branche, die selbstständig Lösungen gefunden hat und zeigt, dass dieser Weg sehr erfolgreich ist. Mit dem Branchenstandard für nachhaltige Wertschöpfung, der großen Anklang in unseren Mitgliedschaften findet, heben wir die Initiative auf eine neue Stufe.

Autorin: Mechthild Bachmann

© KONTAKT



MECHTHILD BACHMANN
Nachhaltigkeit, Innovation
mechthild.bachmann@bavc.de





Alle Infos, Termine und Downloads finden Sie auf:

chemiehoch3.de



Daten sind die neue Währung dieser Zeit. ChatGPT zeigt schon jetzt, was mit ihnen möglich ist. Aber auch für Unternehmen sind Daten ein wichtiges Gut. Mit ihrer Hilfe können betriebliche Prozesse optimiert, nachhaltigere Prozesse entwickelt und die Qualität von Produkten verbessert werden. Aber wo Licht ist, ist auch Schatten. In den falschen Händen können mit nur wenigen personenbezogenen Daten schwerste Persönlichkeitsrechtsverletzungen bis hin zum Identitätsdiebstahl begangen werden.

Balance zwischen Schutz und Offenheit halten

Gerade im Beschäftigungskontext werden große Mengen an Daten verarbeitet. Es ist daher umso wichtiger, dass hier eine sensible Balance zwischen dem Datenschutz der Beschäftigten und der Datenoffenheit für die Fortentwicklung digitaler Prozesse gefunden wird. Nur so lassen sich Risiken für Beschäftigte minimieren, gleichzeitig aber die Digitalisierung im Betrieb vorantreiben.

Firmen haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie diese Balance gefunden haben. Nun drohen jene Systeme jedoch aus dem Gleichgewicht gebracht zu werden. Die Ampel-Koalition plant noch in der ersten Hälfte der Legislaturperiode einen Entwurf für ein eigenes Gesetz zum Beschäftigtendatenschutz. Die geplanten Inhalte sind in einem gemeinsamen Entwurf eines Eckpunktepapiers des Innen- und Arbeitsministeriums dargestellt. Von Fallgruppen für die datenschutzrechtliche Einwilligung im Beschäftigungsverhältnis über die Erweiterung der Mitbestimmung bei datenschutzrechtlichen Fragen bis hin zur Regulierung von KI ist in dem Papier alles enthalten.

Keine neuen Hürden für den Fortschritt

Die Idee eines solchen Gesetzes ist nicht neu. Seit den 1980ern wurde in regelmäßigen Abständen die Forderung nach einem eigenen Beschäftigtendatenschutzgesetz laut. Es zeigte sich jedoch, wie schwierig es ist, die berechtigten Interessen der Arbeitgeber und der Beschäftigten per Gesetz in Einklang zu bringen. Alle bisherigen Versuche sind daran gescheitert. Auch der aktuelle Vorstoß meistert dieses schwierige Unterfangen nicht. Vielmehr zeigen die Vorschläge, dass ein eigenständiges Beschäftigtendatenschutzgesetz außerhalb der Systematik des Bundesdatenschutzgesetzes erhebliche Risiken für den technischen Fortschritt und den produktiven Gebrauch von Daten bedeuten kann. Datenschutz sollte zukunftsträchtige Entwicklungen begleiten und ihnen nicht im Wege stehen. Es bedarf daher entwicklungsoffener Regelungen, die Datenschutz mit dem Fortschritt der Digitalisierung in der Arbeitswelt in Einklang bringen. Starre Fallgruppen sind hierfür nicht geeignet.

Autor: Lars Messerschmidt

© KONTAKT



LARS MESSERSCHMIDT

Tarifpolitik, Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt

lars.messerschmidt@bavc.de



Die Transformation hat Auswirkungen auf Belegschaften, Kompetenzbedarfe und Berufsprofile: Je nach Szenario unserer neuen Studie "Chemie-Arbeitswelten 2030" sinken oder steigen die Beschäftigungsbedarfe. In jedem Fall werden IT- und Nachhaltigkeitsprofile stärker nachgefragt, Labor- und kaufmännische Berufe verlieren dagegen an Bedeutung. So weit, so komplex. Doch was können, was müssen Personalerinnen und Personaler tun, um diese Entwicklung zu begleiten und das Business zu unterstützen? Wie kann HR dazu beitragen, die Branche mit ihren Unternehmen attraktiver zu machen - vielleicht sogar zur schönsten im ganzen Land?

Alle HR-Register ziehen

Zunächst: HR wird noch wichtiger – denn der Skillshift in der Branche ist groß, die Belegschaften altern, und der Arbeitsmarkt treibt Recruitern die Tränen in die Augen. Die Studie empfiehlt den Unternehmen ein ganzes Bündel von Maßnahmen, die sich in drei Bereiche einordnen lassen: Unter "Mitnehmen und Qualifizieren" gilt es etwa, den Beschäftigten noch mehr flexible Arbeitszeitmodelle sowie zukunftsgerichtete Weiterbildungsangebote zur Verfügung zu stellen; strategische Personalplanung darf auch in KMU kein Fremdwort sein. "Kulturwandel fördern" zielt auf Maßnahmen ab, die zu einer offeneren Kommunikation beitragen und die Vorbildfunktion von Führungskräften in den Blick nehmen – übrigens auch in der Produktion. Eine gute Führungskultur fördert Anpassungsfähigkeit und Resilienz der Beschäftigten. Schließlich muss HR "Talente gewinnen und binden" – und zwar auf unorthodoxe Weise: Employer Branding, Rekrutierung und Ausbildung sollten stärker als bisher Zielgruppen wie Studienabbrecher, Quereinsteiger sowie Angehörige ökologisch motivierter Milieus oder der Tech-Szene ins Visier nehmen.

Attraktivität steigern

Welche HR-Maßnahmen im Schwerpunkt zum Einsatz kommen, hängt dabei vom jeweiligen Szenario ab: Herrscht 2030 "Rückschritt" - die Branche ächzt unter hohen Energie- und Rohstoffpreisen und verliert global an Wettbewerbsfähigkeit – gewinnt strategische Personalplanung fast schon existenzielle Bedeutung, da kleinere Belegschaften zugleich feiner werden müssen.

Nutzt die Branche dagegen ihre Nachhaltigkeits- und Digitalisierungspotenziale und erfährt einen Wettbewerbsfähigkeits-Boost ("Fortschritt"), muss HR alle Hebel in Bewegung setzen, um doppelt attraktiv zu werden: nach außen im "War for Talents", aber auch nach innen, um die bestehenden Belegschaften zu binden.

Autor: Andreas Ogrinz

© KONTAKT



ANDREAS OGRINZ Geschäftsführer Bildung, Innovation, Nachhaltigkeit andreas.ogrinz@bavc.de



Die Studie "Chemie-Arbeitswelten 2030" von BAVC und Boston Consulting steht Ihnen auf bavc.de zum Download zur Verfügung.



Die Verhandlungen über die europäische Lieferkettenrichtlinie gehen auf die Zielgerade. Nachdem das Europäische Parlament Anfang Juni seinen Bericht verabschiedet hat, ist der Weg für Trilogverhandlungen mit Rat und Europäischer Kommission frei. Der Druck auf die drei Institutionen ist groß, die Verhandlungen schnellstmöglich abzuschließen. Sollte bis Jahresende ein Kompromiss erzielt werden, kann die Richtlinie noch vor den Europawahlen im nächsten Jahr verabschiedet werden.

Parlament schießt übers Ziel hinaus

Das EU-Parlament sieht vor, dass die Richtlinie auf Unternehmen ab 250 Mitarbeitenden und 40 Millionen Euro Nettojahresumsatz Anwendung findet. Die Sorgfaltspflichten sollen alle vorgelagerten Tätigkeiten der Wertschöpfungskette sowie Verkauf, Vertrieb, Transport, Lagerung und Abfallbewirtschaftung in den nachgelagerten Unternehmen umfassen. Hinzu kommt, dass eine Sorgfaltspflicht nicht dadurch erfüllt werden kann, dass Verantwortung vertraglich an Geschäftspartner übertragen wird. Außerdem ist auch weiterhin eine Regelung zur zivilrechtlichen Haftung vorgesehen. Die Position des EU-Parlaments ist leider weder praxistauglich noch rechtssicher für die Unternehmen. Die Regulierung der Lieferketten sollte ein Fortschritt für die Menschenrechte und nicht primär ein Erfolg für die Bürokratie sein.

Mehr Zuckerbrot statt Peitsche

Aus unserer Sicht müssen im weiteren Verfahren insbesondere Brancheninitiativen stärker Beachtung finden. Um die Erfüllung der Anforderungen trotz begrenzter Ressourcen zu ermöglichen, müssen Brancheninitiativen wie der Chemie³-Branchenstandard als wesentliches Mittel der Umsetzung der Richtlinie anerkannt werden. Brancheninitiativen erleichtern es vor allem dem Mittelstand, den von den Kunden gestellten Anforderungen nachzukommen. Anreize für die Umsetzung und Fortentwicklung freiwilliger Brancheninitiativen sollten, wie von der Bundesregierung angekündigt, in Form von Safe-Harbour-Regelungen erfolgen.

Darüber hinaus darf eine zivilrechtliche Haftung nur bei eigenen, schadensverursachenden Handlungen des jeweiligen Unternehmens in Betracht kommen. Es muss zudem sichergestellt sein, dass eine nachvollziehbare risikobasierte Priorisierung nicht zur Haftungsfalle wird und bei einer Überprüfung auf den jeweiligen Zeitpunkt der Priorisierung abgestellt wird.

Autorin: Elisa Hensel

© KONTAKT



ELISA HENSEL Leiterin Europabüro

elisa.hensel@bavc.de